

# Inhaltsübersicht

<b>A. Einleitung</b> .....	11
<b>I. Thematik</b> .....	11
<b>II. Gang der Untersuchung</b> .....	13
<b>B. Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien</b> .....	15
<b>I. Unmittelbare Grundrechtsbindung</b> .....	15
1. Frühere Auffassung des Bundesarbeitsgerichts.....	16
2. Grundrechtsbindung zum Schutz des Einzelnen vor sozialer Macht.....	17
3. Grundrechtsbindung in Folge von Funktionsnachfolge staatlicher Rechtsetzungsbefugnis.....	18
4. Qualifizierung des Tarifvertrages als Normsetzungsvertrag.....	20
5. Unmittelbare Grundrechtsbindung durch einfachgesetzliche Anordnung.....	21
<b>II. Mittelbare Grundrechtsbindung</b> .....	22
1. Theorie der Ausstrahlungswirkung der Verfassung.....	23
2. Theorie vom Schutzauftrag der Verfassung.....	24
3. Unmittelbare Grundrechtsbindung nur an Art. 3 Abs. 1 GG.....	28
4. Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG auf Grundlage der Schutzgebotslehre.....	30
<b>III. Zusammenfassung</b> .....	32
<b>C. Grad der Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG</b> .....	33
<b>I. Umfang der Bindung des Staates an den allgemeinen Gleichheitssatz</b> .....	33
1. Willkürverbot.....	34
2. Rechtsprechung zur „neuen Formel“.....	34
a) Willkürprüfung.....	35
b) „Mittlerer“ Prüfungsmaßstab.....	36
c) Verhältnismäßigkeitsprüfung.....	36
<b>II. Vertreter einer strengen Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz</b> .....	38
1. Argument der Fremdbestimmung.....	38
2. Vergleichbarkeit des Arbeitnehmers mit dem Wähler.....	39
3. Argument der Schutzpflicht.....	41

4. Gewährleistung des Grundrechtsschutzes durch die Tarifvertragsparteien .....	43
5. Argument der unzulässigen Belastung Dritter.....	46
6. Argument der gesetzgeberischen Untätigkeit.....	47
7. Argument der Zurechnung .....	49
8. Art. 3 Abs. 1 GG als ungeschriebene Grenze der Tarifautonomie	51
<b>III. Vertreter einer schwächeren Bindung an den allgemeinen Gleichheitssatz .....</b>	<b>52</b>
1. Argument der drohenden Tarifizensur .....	52
2. Argument der Mitgliedernähe .....	53
3. Privatrechtliche Legitimation des Tarifvertrages .....	54
4. Argument der besonderen Wertigkeit von Art. 3. Abs. 1 GG.....	56
<b>IV. Auffassung der Rechtsprechung .....</b>	<b>57</b>
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	57
2. Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.....	57
a) Unmittelbare Anwendung .....	58
b) Orientierung am Gerechtigkeitsgedanken.....	58
c) Sachliche Gründe und Willkürkontrolle.....	59
<b>V. Konsequenzen der verschiedenen Auffassungen .....</b>	<b>60</b>
1. Bemessung des Lohns anhand anforderungsbezogener Kriterien... 61	
a) Willkürkontrolle.....	61
b) Prüfung anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	62
2. Bemessung des Lohns anhand anderer Kriterien .....	63
a) Willkürkontrolle.....	63
b) Prüfung anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	64
<b>VI. Stellungnahme .....</b>	<b>64</b>
1. Vorliegen einer Ungleichbehandlung .....	65
a) Nachteil.....	66
b) Kompensierende Vorteile.....	67
2. Rechtfertigungsgründe.....	68
a) Wirkkraft des zu fördernden Individualgrundrechts aus Art. 3 Abs. 1 GG.....	70
aa) Begrenzung auf einen Minimalschutz .....	70
bb) Schwächere Wirkung aber keine Begrenzung auf den Minimalschutz.....	71
cc) Gleiche Wirkkraft des zu fördernden Rechts.....	72
dd) Begrenzung auf Minimalschutz bei Verwirklichung des Schutzes durch die staatlichen Gerichte.....	74
ee) Stellungnahme .....	76

ff) Folgerungen für die Abwägung zwischen Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 9 Abs. 3 GG .....	76
b) Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	77
aa) Regelungszwang .....	78
bb) Möglichkeit von Interessenskollisionen .....	78
c) Verstoß gegen die Neutralitätspflicht des Staates.....	80
3. Erkennbarer gesetzgeberischer Wille.....	81
a) Gesetz zur Schuldrechtsmodernisierung .....	81
b) Politische Grundentscheidung des Gesetzgebers .....	83
aa) Unangemessene Benachteiligung .....	84
bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	84
cc) Gemeinsamkeiten .....	85
dd) Schlussfolgerung .....	87
c) Berücksichtigung der Grundrechte im Rahmen des § 307 Abs. 1 BGB.....	88
d) Zusammenfassung .....	89
4. Generelle Unverträglichkeit der „neuen Formel“ mit der Ausübung des Freiheitsrechts gem. Art. 9 Abs. 3 GG.....	89
a) Abgestufte Wirkkraft von Art. 9 Abs. 3 GG .....	89
b) Abgestufte Prüfungsintensität von Art. 3 Abs. 1 GG .....	90
c) Maximale Wirkkraft beider Grundrechte .....	90
5. Weiter Gestaltungsraum des Staates bei ähnlich gelagerten Regelungsbereichen .....	92
a) Besoldungsrecht .....	92
b) Wirtschaftsförderung .....	94
<b>VII. Eigenes Schutzkonzept .....</b>	<b>94</b>
1. Wesensgehalt von Art. 3 Abs. 1 GG fordert Willkürverbot.....	94
2. Funktionalität der Tarifautonomie.....	95
<b>VIII. Prüfprogramm .....</b>	<b>95</b>
<b>IX. Einzelne Differenzierungskriterien .....</b>	<b>96</b>
1. Arbeitswissenschaftlich ermittelte Lohnfindungsgrundsätze .....	96
2. Typisierung .....	97
3. Einschätzungsprärogative der Tarifvertragsparteien .....	98
4. Übernahme gesetzlicher Differenzierungsgründe .....	99
5. Berücksichtigung kompensierender Vorteile.....	100
<b>X. Zusammenfassung .....</b>	<b>101</b>

<b>D. Überprüfung tariflicher Geltungsbereiche anhand von Art. 3 Abs. 1 GG .....</b>	<b>103</b>
<b>I. Vertreter einer weitgehenden Freistellung der Tarifvertragsparteien von Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung tariflicher Geltungsbereiche .....</b>	<b>103</b>
1. Auffassung des 4. Senats des Bundesarbeitsgerichts .....	103
2. Verzicht als Sachgrund .....	105
3. Tarifvertrag als Vorbehaltsgut.....	106
<b>II. Vertreter einer unveränderten Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitssatz auch bei der Festlegung tariflicher Geltungsbereiche .....</b>	<b>106</b>
1. Rechtsprechung der übrigen Senate des Bundesarbeitsgerichts...	106
2. Gegenstimmen der Literatur .....	107
a) Geltungsbereich als Teil des Tarifvertrages .....	107
b) Geltungsbereich als einschneidendste Regelung des Tarifvertrages .....	109
c) Argument der formellen Unterscheidung .....	109
aa) Vertreter einer starken Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung des Geltungsbereiches.....	110
bb) Vertreter einer schwachen Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung des Geltungsbereiches .....	111
<b>III. Stellungnahme.....</b>	<b>112</b>
1. Allgemein zum Wesensgehalt .....	113
2. Art. 9 Abs. 3 GG als Doppelgrundrecht.....	114
3. Zur Kernbereichsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. ....	114
4. Inhalt des Kernbereichs der kollektiven Tarifautonomie .....	116
5. Keine Verletzung des Wesensgehalts durch Kontrolle des Anwendungsbereiches eines Tarifvertrages auf Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	117
6. Zwischenergebnis.....	119
<b>IV. Sonderprobleme.....</b>	<b>119</b>
1. Unterschied zwischen Negativ- und Nichtregelung.....	119
2. Ungleichbehandlung durch Abschluss mehrerer Tarifverträge für verschiedene Gruppen.....	120
3. Koalitionsspezifische Interessen als Sachgrund für die Differenzierung im Anwendungsbereich eines Tarifvertrages .....	122
<b>V. Eigenes Schutzkonzept.....</b>	<b>124</b>

<b>VI. Einzelne Differenzierungsgründe</b> .....	125
1. Regelungsverzicht aufgrund schlechter konjunktureller Lage oder wirtschaftlicher Besonderheiten.....	126
2. Fehlende Schutzbedürftigkeit einzelner Arbeitnehmergruppen ....	126
3. Berücksichtigung weiterer Grundrechte.....	127
4. Neue Formen des tariflichen Handelns.....	128
5. Möglichkeit des Hinzuverdienstes.....	128
6. Offenhalten der Rechtslage.....	129
7. Besonderer Inhalt von Arbeitsverhältnissen.....	129
8. Regionale Unterschiede.....	130
<b>VII. Zusammenfassung</b> .....	131
<b>E. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz bei der Festlegung tariflicher Anwendungsbereiche</b> .....	132
<b>I. Verfassungskonforme Auslegung eines gleichheitswidrigen Tarifvertrages</b> .....	133
<b>II. Rechtsfolgen bei bewusstem Ausschluss einer Gruppe aus dem Anwendungsbereich eines Tarifvertrages</b> .....	134
1. Rechtsfolgen für die Vergangenheit.....	134
a) Aussetzung des Verfahrens.....	136
b) Angleichung nach oben.....	137
aa) § 134 BGB als Ansatzpunkt für die Lösung des Problems ...	137
bb) § 134 BGB als Auslegungsregel.....	138
cc) Reichweite der Nichtigkeit.....	139
dd) Keine Anwendbarkeit des § 139 BGB auf Tarifverträge.....	140
ee) Schlussfolgerung: Für die Vergangenheit Anpassung nach oben.....	142
c) Besonderheiten einer gleichheitswidrigen Festlegung des Geltungsbereichs.....	143
2. Rechtsfolgen für die Zukunft.....	145
a) Allgemeine Rechtsfolgen einer gleichheitswidrigen Tarifbestimmung für die Zukunft.....	145
b) Rechtsfolgen für die Zukunft bei gleichheitswidriger Festlegung tariflicher Geltungsbereiche.....	147
aa) Keine Anwendung des § 139 BGB.....	148
bb) Keine Gesamtnichtigkeit des Tarifvertrages.....	148
cc) Gesamtnichtigkeit des Tarifvertrages.....	149
dd) Stellungnahme.....	149

ee) Anpassung nach oben .....	150
ff) Kündbarkeit des Tarifvertrages .....	151
gg) Nachwirkung des gekündigten Tarifvertrages .....	153
<b>III. Zusammenfassung.....</b>	<b>154</b>
<b>F. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....</b>	<b>155</b>
<b>G. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>157</b>